



Lebensmittelverschwendung: (K)ein Thema für die Wahl?

Die Reduktion von Lebensmittelverlusten ist eine drängende Herausforderung, der wir uns gesamtgesellschaftlich stellen müssen. Anerkannt wurde dies im Jahre 2015 auf der UN-Vollversammlung zum Beschluss der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den entsprechenden *Sustainable Development Goals* (SDGs). Mit dem SDG 12.3 wurde die Halbierung der weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene als ein explizites Ziel verankert (SDG 12.3)¹. Deutschland als Unterzeichner steht nun in der Pflicht, dieses Ziel zügig umzusetzen. Unklar ist, wie das Ziel erreicht werden soll. Der WWF ist dieser Frage nachgegangen und hat die Wahlprogramme zum Thema Lebensmittelverschwendung unter die Lupe genommen. Ergebnis ist: die CDU/CSU will die Halbierung der Lebensmittelverluste bis 2030 über das Mittel der Bildung/Verbraucherbildung erreichen, für die FDP ist es kein Thema, wogegen die LINKE allein die rechtliche Frage des „Containerns“ aufgreift. Positiv ist, dass sowohl die SPD als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die gesamte Wertschöpfungskette vom Landwirt bis hin zum Endverbraucher in der Pflicht sehen und eine nationale Strategie zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung fordern.

Der WWF fordert die zukünftige Bundesregierung auf, sich auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene für die Reduktion der Lebensmittelabfälle entlang der gesamten Produktionskette einzusetzen. Für Deutschland etabliert die zukünftige Bundesregierung eine nationale Strategie mit verbindlichen Zielen für die Branchen entlang der Wertschöpfungskette. Die nationale Strategie ist die Grundlage zur Bemessung und Evaluierung des politischen Zieles, die Lebensmittelverluste bis 2030 zu halbieren (SDG 12.3). Die Themen nachhaltige Produktion und Ernährung sollten systematisch und integrativ als Bildungsauftrag in Kindergärten und Schulen über die Ausbildungen bis hin zur Verbraucherbildung aufgegriffen werden.

Aus Sicht des WWF besteht dringender politischer Handlungsbedarf, denn die derzeitige Verschwendung der kostbaren und knappen Ressource „Lebensmittel“ können wir uns aus moralisch-ethischer als auch ökologischer aber auch aus ökonomischer Sicht nicht leisten. Angenommen werden Einbußen in Höhe von 230 Euro pro Bundesbürger im Jahr.² Dies summiert sich auf beachtliche 19. Mrd. Euro pro Jahr für Deutschland. Derzeit gehen in Deutschland 18 Mio. Tonnen an Lebensmitteln vom Acker bis zum Teller verloren. Davon wären 10 Mio. Tonnen bereits heute vermeidbar. Das sind nicht nur enorme Mengen, sondern dies hat auch signifikante Auswirkungen auf Umwelt und Klima.

¹ <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg12>

² <https://www.umweltbundesamt.de/themen/ab-2-mai-landen-lebensmittel-auf-dem-teller-nicht>

Allein für die Erzeugung der vermeidbaren Verluste werden ca. 15 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, die wir für die Erzeugung unserer Lebensmittel benötigen, für die Tonne bewirtschaftet. Umgerechnet ca. 2,6 Mio. Hektar. Über 60 % der Verluste entstehen entlang der Wertschöpfungskette – vom Produzenten bis hin zum Großverbraucher (u.a. Gastronomie, Betriebsküchen). Ungefähr 40 % liegen bei den Privathaushalten.

1. Blick auf die Politik

Dass dringender Handlungsbedarf bestand und immer noch besteht, zeigt sich an den zahlreichen Anfragen der Fraktionen des Bundestages, der Beschlüsse der Bundesländer sowie der Kritik des Bundesrechnungshofes in 2016.³ Seit 2012 gab es mehrfach kleine Anfragen verschiedener Fraktionen bzw. auch fraktionsübergreifend an die Bundesregierung, um den Sachstand in Bezug auf die Vermeidung von Lebensmittelabfällen zu erfragen und konkretes politisches Handeln einzufordern.⁴ Die letzte Anfrage von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im Juli 2017 von der Bundesregierung beantwortet.⁵ Diese zeigt nach wie vor den dringenden Handlungsbedarf auf nationaler Ebene auf, insbesondere in Bezug auf die noch nicht ausreichende Datengrundlage und das Aufzeigen, wie das Ziel der Halbierung der Lebensmittelabfälle bis 2030 erreicht werden soll. Auch die Bundesländer haben sich in mehreren Ministerkonferenzen an die Bundesregierung gewandt, so unter anderem die Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK)⁶ und die Umweltministerkonferenz (UMK)⁷. Diese Aktivitäten mündeten in dem Beschluss des Bundesrates im März 2017 in welchem unter anderem die Forderung enthalten ist, dass *„die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern eine nationale Strategie zur Verminderung der Lebensmittelverluste mit verbindlichen Reduktionszielen in Deutschland zu erarbeiten und alle relevanten, erforderlichen Akteure an der Umsetzung einer nationalen Strategie zu beteiligen.“*⁸

Ob CDU, CSU, SPD oder Grüne. Fast alle Parteien haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt und eine Reduktion der Lebensmittelverluste lautstark von der Regierung eingefordert. Zuletzt in einem gemeinsamen Beschluss des Bundesrates:

Aber inwiefern ist nun dieses Thema in den Wahlprogrammen der Parteien für die Bundestagswahl 2017 und somit für die Regierungszeit 2017-2021 wiederzufinden? Und wie konkret werden diese?

³ <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/bemerkungen-jahresberichte/jahresberichte/2016/langfassungen/2016-bemerkungen-nr-25-informationskampagne-zu-gut-fuer-die-tonne-unzureichend-vorbereitet-und-erfolg-nicht-nachweisbar-pdf>

⁴ Deutscher Bundestag Drucksache 17/10987, 16.10.2012; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/026/1802667.pdf>; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/057/1805787.pdf>; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/027/1802772.pdf>

⁵ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/126/1812631.pdf>

⁶ https://www.verbraucherschutzministerkonferenz.de/documents/Endgueltiges_Protokoll_VSMK_2016.pdf

⁷ https://www.umweltministerkonferenz.de/documents/UMK_Protokoll_Juni2016.pdf

⁸ [http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0101-0200/180-17\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0101-0200/180-17(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)

2. Bewertung der Wahlprogramme der Parteien

CDU und CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017 – 2021

Kapitel „Landwirtschaft hat Zukunft“, Seite 17

Vordringliche Aufgabe der Landwirtschaft ist die Versorgung mit Lebensmitteln. Wertschätzung für diese hochwertigen heimischen Produkte wollen wir durch Verbraucherbildung von Kindesalter an fördern. Darin liegt großes Potenzial, Lebensmittel richtig einzusetzen und die Verschwendung zu reduzieren.

Bewertung aus Sicht des WWF

Das politische Ziel der Bundesregierung, die Lebensmittelverluste bis 2030 auf 50% zu reduzieren, wird im Wahlprogramm der CDU nicht aufgegriffen (SDG 12.3.). Die CDU fokussiert auf den Bildungsaspekt einschließlich der Verbraucherbildung. Auch wenn die Bildung zur Vermeidung von Lebensmittelverluste grundsätzlich zu begrüßen ist, greift dies aus der Perspektive des WWF zu kurz. 60% der Lebensmittelverluste sind entlang der Wertschöpfungskette zu verzeichnen. Die Verluste betreffen damit also auch die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie, den Lebensmittelhandel und die sogenannten Großverbraucher, wie u.a. die Großküchen in Hotels, Betriebskantinen oder Gaststätten. Vor diesem Hintergrund sollten alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette in die Pflicht genommen werden, denn Lebensmittelverluste können auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette und nur gemeinsam systematisch und effektiv reduziert werden. Die Etablierung einer nationalen Strategie mit verbindlichen Zielen für die Akteure entlang der Wertschöpfungskette wird nicht benannt.

SPD: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021

Kapitel „Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung“, Seite 48

Wir werden eine nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung umsetzen, damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr Wertschätzung erfahren. Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen sowie verstärkte Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.

Bewertung aus Sicht des WWF

Auch in dem Wahlprogramm der SPD wird das politische Ziel, die Lebensmittelverluste bis 2030 auf 50% zu reduzieren, nicht explizit aufgegriffen. Die SPD benennt in ihrem Regierungsprogramm jedoch deutlich die Notwendigkeit, unterschiedliche Branchen bei der Vermeidung von Lebensmittelverlusten in die Pflicht zu nehmen und fordert konkret „Zielmarken“ für diese sowie eine übergeordnete nationale Strategie. Die Forderung zeigt einen umfassenden Ansatz auf, um zukünftig systematisch und gemeinsam mit allen Akteuren Lebensmittelverluste zu reduzieren. Der Bildungsaspekt wird allein über „verstärkte Informationskampagnen“ abgedeckt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017

Kapitel „Wir sorgen für gesunde Lebensmittel und beenden Tierleid, Seite 29

*Wir wollen, dass genießbare Lebensmittel auf dem Teller landen und nicht in der Tonne. Wir wollen verbindliche Reduktionsziele bei der Lebensmittelverschwendung. Um diese Ziele zu erreichen, sind alle gefragt: vom Handel über die Industrie und Gastronomie bis zu den Verbraucher*innen. Deshalb wollen wir Supermärkte ab einer gewissen Größe dazu verpflichten, nicht verkaufte, aber noch gute Lebensmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot soll für alle Menschen offen sein. Dabei soll sichergestellt werden, dass dies nicht zur Müllentsorgung missbraucht wird. Menschen, die Lebensmittel aus dem Müll retten, sollen nicht bestraft werden.*

Bewertung aus Sicht des WWF

Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen beinhaltet die umfassendsten und konkretesten Forderungen hinsichtlich der Vermeidung von Lebensmittelverlusten. Dennoch wird auch hier das Ziel, die Lebensmittelverluste bis 2030 zu halbieren, nicht explizit aufgeführt. Bündnis 90/Die Grünen fordern verbindliche Reduktionsziele und nehmen hierbei alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette in den Blick. Auch die geforderte verpflichtende Abgabe von Lebensmitteln durch Supermärkte ist differenziert dargestellt und sollte nicht für Müllentsorgung missbraucht werden. Dahinter versteht der WWF die Forderung, dass der Lebensmitteleinzelhandel die Weitergabe nicht als alleinige Stellschraube zur Reduktion von Lebensmittelverlusten nutzen sollte, sondern in der Pflicht steht, sowohl in der Vorkette (Erzeuger und Lieferanten) als auch in der Vermarktung Lebensmittelverluste zu vermeiden.

FDP: Denken wir neu. Das Programm zur Bundestagswahl 2017 der Freien Demokraten „Schauen wir nicht länger zu.“

In dem FDP Wahlprogramm sind zu dem Thema Vermeidung von Lebensmittelverluste keine Angaben enthalten und dies, obwohl dies sehr wohl ein wirtschaftliches Thema ist. Im Schnitt wirft jeder Bundesbürger pro Jahr Lebensmittel im Wert von rund 230 Euro weg. Dies summiert sich auf beachtliche 19. Mrd. Euro pro Jahr für Deutschland. Noch erheblicher sind z.B. die Einsparpotentiale für Unternehmen, wie z.B. im Bereich der Außer-Haus-Verpflegung (z.B. Hotel, Betriebskantinen). So zeigen Untersuchungen, dass z.B. ein Krankenhaus mit 1.000 Essen am Tag mit den richtigen Vermeidungsstrategien 35 Prozent der Lebensmittelabfälle reduzieren kann, ein Gastronomiebetrieb mit 750 Essen bis zu 30 Prozent. Jährlich könnten damit 38.000 Euro bzw. 34.000 Euro eingespart werden. ⁹ Vor diesem Hintergrund sollte die FDP – getreu Ihrem Wahlspruch: „Jetzt wieder verfügbar – Wirtschaftspolitik“ das Thema in ihre politische Forderungen integrieren.

⁹ <http://www.united-against-waste.de/news-presse/52-abfall-reduzieren-geld-sparen-mit-dem-abfall-analyse-tool>

Die Linke: Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Frieden für Alle.

Kapitel Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, Seite 95

Wir wollen den Paragraphen zu Diebstahl reformieren: Sich Lebensmittel aus Abfall-Containern zu holen, soll nicht mehr strafbar sein.

Bewertung aus Sicht des WWF

Trotz ihrer sehr umfassenden Kleinen Anfrage in 2014¹⁰ fokussieren sich die Die Linke mit der Forderung zum Containern von Lebensmittelabfällen auf ein Sonderthema. Zur Erreichung des politischen Zieles, die Lebensmittelverluste bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren, wird diese Maßnahme nur sehr geringfügig, wenn überhaupt, beitragen.

3. Forderungen des WWF zum zukünftigen Koalitionsvertrag

Die Bundesregierung setzt sich auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene für die Reduktion der Lebensmittelabfälle entlang der gesamten Produktionskette ein. In Deutschland etabliert sie eine nationale Strategie für die Bemessung und Evaluierung des Zieles, die Lebensmittelverluste bis 2030 zu halbieren (SDG 12.3).

Der WWF fordert:

- Die zukünftige Bundesregierung verabschiedet eine nationale Strategie mit verbindlichen Reduktionszielen für einzelne Branchen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und richtet für deren Umsetzung eine finanziell und personell gut ausgestattete nationale Koordinierungsstelle ein. Die zukünftige Bundesregierung evaluiert in regelmäßigen Zeitabständen die Erreichung des politischen Zieles, die Lebensmittelverluste bis 2030 zu halbieren.
- Die zukünftige Bundesregierung definiert einen Indikator zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten und integriert diesen in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie.
- Die zukünftige Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass übergeordnet die Themen nachhaltige Produktion und Ernährung systematisch und integrativ als Bildungsauftrag in Kindergärten und Schulen über die Ausbildungen bis hin zur Verbraucherbildung aufgegriffen wird.

Ansprechpartner:

Tanja Dräger de Teran
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 18
10117 Berlin
Direkt: +49 (0)30 311 777-242
tanja.draeger@wwf.de

¹⁰ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/027/1802772.pdf>